

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 50 | 16.12.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 197/2022](#)

Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG, mit der insbesondere eine **Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze** des Art 9 der Grundversorgungsvereinbarung sowie eine **Erstversorgungspauschale** festgelegt wird (Sicherstellung der raschen Unterbringung und Versorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden aus der Ukraine)

[BGBl II 450/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung des Bundesministers für Inneres über die **vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zur Slowakischen Republik** geändert wird

[BGBl II 451/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zum Progressionsbericht (**Progressionsberichtsverordnung** – PBVO)

[BGBl II 452/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Kraftstoffverordnung** 2012 geändert wird

[BGBl II 453/2022](#)

Verordnung der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria), mit der die elektronische Form der Anzeige von Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Entgeltbestimmungen von Rundfunkübertragungsdiensten festgelegt wird (**Rundfunkanzeigeverordnung** – RFA-VO)

[BGBl II 454/2022 \(Anlage\)](#)

Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH), mit der Richtsätze für die Abgeltung der Wertminderung von Liegenschaften und Objekten durch Leitungsrechte und Standortrechte festgelegt werden – **Wertminderungs-Richtsätze-Verordnung** 2022 (WR-VO 2022)

[BGBl II 455/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Ermittlung der Steuerdaten von Kryptowährungen (**Kryptowährungsverordnung** – KryptowährungsVO)

[BGBl II 456/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Österreichische Arzneitaxe** geändert wird (147. Änderung der Arzneitaxe)

[BGBl II 457/2022](#)

Verordnung der Bundesregierung über den Aufwändersatz von gesetzlichen Interessenvertretungen und kollektivvertragsfähigen freiwilligen Berufsvereinigungen in Arbeitsrechtssachen (**Aufwändersatzverordnung**)

[BGBl II 458/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die **Arbeitsmarktsprengelverordnung** geändert wird

[BGBl II 459/2022](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die **Aufwertung und Anpassung** nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz, dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz sowie dem Bundespflegegeldgesetz für das Kalenderjahr 2023

[BGBl II 460/2022](#)

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen über die **Anwendbarkeit des Preisstabilitätsmechanismus** gemäß § 10 Abs 3 des Nationalen Emissionszertifikatehandelsgesetzes 2022

[BGBl II 461/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport über die **Verwendung von Geldbußen und Geldstrafen**

[BGBl III 183/2022](#)

Multilaterales Abkommen ADN/M 033 nach Abschnitt 1.5.1 ADN über **Bescheinigungen** über **besondere Kenntnisse des ADN** nach Unterabschnitt 8.2.2.8 ADN, ausgestellt von Deutschland und Luxemburg

[BGBl III 192/2022 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Litauen zur **Beendigung des Abkommens** zwischen der Republik Österreich und der Republik Litauen über die **Förderung und den Schutz von Investitionen**

[BGBl III 200/2022](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend das Inkrafttreten der im Beschluss 2009/2 vom 18. Dezember 2009 enthaltenen Änderungen des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über **weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung** betreffend **persistente organische Schadstoffe**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 319 v 13.12.2022, 1](#)

Verordnung (EU, Euratom) 2022/2434 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 im Hinblick auf die Festlegung einer **diversifizierten Finanzierungsstrategie** als allgemeine **Methode für die Mittelaufnahme**

[ABI L 321 v 15.12.2022, 1](#)

Verordnung (EU) 2022/2455 der Kommission vom 8. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1217/2010 über die Anwendung von **Artikel 101 Absatz 3** des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über **Forschung und Entwicklung**

[ABI L 321 v 15.12.2022, 3](#)

Verordnung (EU) 2022/2456 der Kommission vom 8. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1218/2010 über die Anwendung von **Artikel 101 Absatz 3** des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von **Spezialisierungsvereinbarungen**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

20.09.2022, [G 199/2022](#)

Bgld FeuerwehrG; Zurückweisung eines Individualantrags gegen Bestimmungen des Bgld FeuerwehrG betreffend den **Ausschluss des aktiven Wahlrechts von nicht aktiven Feuerwehrmitgliedern** von der Wahl des Feuerwehrkommandanten; Einspruchsmöglichkeit gegen Bescheide betreffend den — wegen Erreichens einer Altersgrenze — Ausschluss nicht (mehr) aktiver Mitglieder von der Wahl in der Feuerwehr-WahlVO

04.10.2022, [G 262/2021](#)

ZPO; Zurückweisung eines Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand betreffend die **Versäumung der Frist zur vollständigen elektronischen Einbringung** eines Parteienantrags; teilweise Nichterfüllung des Verbesserungsauftrags mangels elektronischer Einbringung der Beilagen nicht im Weg der Wiedereinsetzung zu beseitigen

04.10.2022, [E 858/2022](#)

ZPO; Zurückweisung eines Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand betreffend die Zurückweisung eines Antrags auf **Bewilligung der Verfahrenshilfe**; keine vollständige Unterlassung der Parteihandlung, wenn Aufforderung zur Verbesserung zum Teil (Vermögensbekenntnis) befolgt wird; Beseitigung der Unvollständigkeit (Vorlage der angefochtenen Entscheidung) der Verbesserung durch Wiedereinsetzung nicht möglich

28.11.2022, [G 239/2022](#)

ZPO; Zurückweisung eines Antrags auf „Neuzustellung des Parteienantrages“ betreffend die **Zurückweisung eines selbst verfassten Partei- und Verfahrenshilfeantrags** mangels Einbringung durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt sowie wegen Rechtskraft der Abweisung des ersten Antrags auf Verfahrenshilfe; **keine neuerliche Zustellung** eines bereits rechtswirksam zugestellten Beschlusses des VfGH

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

18.10.2022, [Ro 2020/01/0003](#)

StaatsbürgerschaftsG; gem § 10 Abs 1 Z 7 iVm Abs 5 StaatsbürgerschaftsG ist auch der Bezug von Sozialhilfeleistungen, der aus der verspäteten Meldung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit resultiert und zu einer Rückforderung durch die diese Sozialhilfeleistungen gewährende Gebietskörperschaft führt, ungeachtet einer späteren Rückzahlung als **Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen** anzusehen, sodass für diesen Zeitraum keine „Lebensführung ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen der Gebietskörperschaften“ nachgewiesen wird

21.10.2022, [Ra 2022/09/0073](#)

AusländerbeschäftigungsG; der Begriff „**Bildungseinrichtungen mit Öffentlichkeitsrecht**“ gem § 2 Abs 5 AusländerbeschäftigungsG bezieht sich bereits nach seinem Wortsinn nicht ausschließlich auf Schulen iS, sondern umfasst auch Hochschulen oder Universitäten; somit ergibt sich bereits aus dem Gesetzeswortlaut, dass unter dem Begriff „Schüler“ des § 2 Abs 15 leg cit auch **Studierende** – für die im allgemeinen Sprachgebrauch synonym der Begriff „Hochschüler“ Verwendung findet – zu verstehen sind; auch aus den Mat geht unzweifelhaft hervor, dass nach dem Willen des historischen Gesetzgebers diese Bestimmung auch Studierende erfasst, die ein im Rahmen des Studiums vorgeschriebenes Feri- oder Berufspraktikum absolvieren

09.11.2022, [Ra 2020/11/0053](#)

FührerscheinG-GesundheitsVO; um von einem **gehäuften Missbrauch** von **Suchtmitteln** iSd § 14 Abs 5 FührerscheinG-GesundheitsVO sprechen zu können, genügt ein gelegentlicher wiederholter Missbrauch nicht, sondern es muss sich um häufigen Missbrauch innerhalb relativ kurzer Zeit handeln; für die Annahme eines gehäuften Missbrauchs ist die Häufigkeit und die Intensität des Konsums ausschlaggebend; ein regelmäßiger zweimal-monatlicher Konsum von Cannabis stellt keinen gehäuften Missbrauch iSd § 14 Abs 5 leg cit dar

09.11.2022, [Ra 2021/11/0091](#)

PsychotherapieG; die Bezeichnungen „Blitz-Hypnotiseur“, „Mental-Suggesteur“, „Tiefensuggestion“ und „Mental-Suggestion“ weisen für sich genommen eine irreführende **Verwechslungsfähigkeit** mit der Berufsbezeichnung „Psychotherapeut“ iSd § 13 Abs 3 PsychotherapieG nicht auf; die genannten Bezeichnungen für sich genommen sind somit nicht objektiv geeignet, über das Bestehen einer **psychotherapeutischen Berufsberechtigung** zu täuschen

10.11.2022, [Ra 2022/21/0113](#)

FremdenpolizeiG; für die Frage, ob ein **Einreiseverbot** iSd § 53 Abs 1 FremdenpolizeiG erlassen werden darf, ist auf den Zeitpunkt der hypothetischen Ausreise bzw der Durchsetzbarkeit der Rückkehrentscheidung (§ 59 Abs 4 leg cit) abzustellen; daher ist auf den Zeitpunkt der (hypothetischen) Entlassung des Revisionswerbers aus der Strafhaft abzustellen; es ist nicht ausgeschlossen, dass schon der Vollzug einer 20-jährigen Freiheitsstrafe – selbst bei einer früheren bedingten Entlassung – zu einer **maßgeblichen Gefährdungsminderung** führen könnte, die es dann nicht mehr erlaubt, gegen einen 1974 in Österreich geborenen, dauernd aufhältigen, bisher beruflich und überdies familiär verankerten Revisionswerber aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu erlassen

14.11.2022, [Ra 2022/03/0048](#)

EpidemieG; COVID-19-MaßnahmenG; COVID-19-MV-96; der mit Erk des VfGH vom 29.09.2021, V 188/2021 ua, als gesetzwidrig erkannte § 3 COVID-19-MV-96 darf infolge der Erstreckung der Anlassfallwirkung gem Art 139 Abs 6 B-VG nicht mehr dazu herangezogen werden, um einen **Vergütungsanspruch** nach § 32 Abs 1 Z 5 EpidemieG abzulehnen, der sich aus einer parallel dazu angeordneten und auf § 20 leg cit gestützten Betriebsschließung ergibt

16.11.2022, [Ra 2019/06/0140](#)

Stmk BauG; Stmk Feuer- und GefahrenpolizeiG; § 41 Abs 4 iVm § 19 Z 2 Stmk BauG stellt eine Sondervorschrift gegenüber § 20 Abs 4 Stmk Feuer- und GefahrenpolizeiG dar; wenn nun die die **Brandsicherheit** gefährdenden Mängel nicht aus einer konsenswidrigen Bauausführung, sondern aus einer dem **Baukonsens nicht entsprechenden Nutzung** resultieren, ist die Baubehörde gehalten, in Anwendung der spezielleren – baurechtlichen – Norm die Unterlassung der vorschriftswidrigen Nutzung aufzutragen (§ 41 Abs 4 Stmk BauG); in diesem Fall ist ein feuerpolizeilicher Auftrag gem § 20 Abs 4 Stmk Feuer- und GefahrenpolizeiG daher rechtswidrig

16.11.2022, [Ra 2021/07/0065](#)

Vbg Flurverfassungsg; bei Vorschriften in **Satzungen** – insbesondere auch von Agrargemeinschaften – wird im Zusammenhang mit dem rechtsgültigen Zustandekommen von Beschlüssen zwischen bloßen **Ordnungsvorschriften** und Vorschriften, deren Verletzung eine Beeinträchtigung subjektiver Rechte einzelner Mitglieder nach sich ziehen kann, unterschieden; das Erfordernis einer Satzung iSd § 73 Abs 3 lit d Vbg Flurverfassungsg, die Abstimmungen auf Verlangen eines Mitglieds geheim durchzuführen, kann nicht als bloße Ordnungsvorschrift idS angesehen werden; es kann nämlich nicht ausgeschlossen werden, dass die Ergebnisse der Beschlussfassung bei einer nicht offen durchgeführten Abstimmung anders ausgefallen wären

16.11.2022, [Ra 2022/20/0002](#)

VwGG; EMRK; soweit es **Erkrankungen** betrifft, hat im Allgemeinen kein Fremder ein Recht, in einem fremden Aufenthaltsstaat zu verbleiben, bloß um dort medizinisch behandelt zu werden, und zwar selbst dann nicht, wenn er an einer schweren Krankheit leidet; dass die **Behandlung im Zielland** nicht gleichwertig, schwerer zugänglich oder kostenintensiver ist, ist unerheblich, allerdings muss der Betroffene auch tatsächlich Zugang zur notwendigen Behandlung haben, wobei die Kosten der Behandlung und Medikamente, das Bestehen eines sozialen und familiären Netzwerks und die für den Zugang zur Versorgung zurückzulegende Entfernung zu berücksichtigen sind; der Fremde muss **Beweise** vorlegen, die zeigen, dass stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, er würde im Fall der Durchführung einer aufenthaltsbeendenden Maßnahme einem realen Risiko einer gegen Art 3 EMRK verstoßenden Behandlung unterzogen

16.11.2022, [Ra 2022/20/0298](#)

AsylG; durch die im Asylverfahren erfolgte **Feststellung** eines **Herkunftsstaats** erfolgt keine Eingrenzung des **Prozessgegenstands**; § 8 Abs 1 AsylG kann demnach nicht entnommen werden, dass es geboten wäre, den Prozessgegenstand über den Antrag auf internationalen Schutz in Bezug auf das Begehren auf Zuerkennung des Status des subsidiär Schutzberechtigten durch Anführung des Herkunftsstaats im Spruch einer Entscheidung einzugrenzen; § 8 Abs 6 und § 34 leg cit sprechen auch gegen das Verständnis eines solcherart eingegengten Verfahrensgegenstands

17.11.2022, [Ro 2019/05/0024](#)

UVP-G; AVG; die Überwälzung von **Gebühren** eines **nichtamtlichen Sachverständigen** auf einen Projektwerber ist gem § 3b Abs 2 UVP-G nur dann zulässig, wenn der Beweis durch Sachverständige iSd § 52 Abs 1 AVG notwendig war; ist dies nicht der Fall, kann iSd § 76 Abs 1 leg cit nicht mehr davon ausgegangen werden, dass der Behörde oder dem VwG Barauslagen – wozu auch die Gebühren eines nichtamtlichen Sachverständigen zählen – „**erwachsen**“ sind, für die der Projektwerber aufzukommen hat; der Verweis auf ein mittlerweile „ex tunc“ aus dem Rechtsbestand beseitigtes Erk stellt keine tragfähige Begründung für die Notwendigkeit der Einholung eines Sachverständigengutachtens iSd § 52 Abs 1 leg cit dar

17.11.2022, [Ra 2021/02/0014](#)

VStG; keine Verletzung der §§ 44a Z 2 und 3 VStG, wenn die **angewendete Rechtsvorschrift** in ihrer Gesamtheit mit der zuletzt (vor dem Tatzeitpunkt) erfolgten Novellierung zitiert wird, sofern nicht aus besonderen Gründen – etwa aufgrund gestaffeltem, verzögertem oder später geändertem Inkrafttreten – für den **Rechtsanwender Unsicherheit** über die angewendete Fassung bestehen kann; dasselbe gilt, wenn die zuletzt vor dem Tatzeitpunkt erfolgte Novellierung bezogen auf einzelne §§ oder Art der Rechtsvorschrift zitiert wird, ohne dass mit den zitierten Änderungen zwingend auch die jeweils konkret anzuwendende Untergliederung der Rechtsvorschrift geändert wurde

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 07.11.2022, [W147 2253849-1](#)

AVG; die Beschwerdevorentscheidung tritt mit **Stellung eines Vorlageantrags** nicht außer Kraft, sondern derogiert den Ausgangsbescheid; das Rechtsmittel, über welches das VwG zu entscheiden hat, bleibt bei Stellung eines zulässigen Vorlageantrags jedoch die Beschwerde; der Vorlageantrag richtet sich nämlich ausschließlich darauf, dass die Beschwerde dem VwG vorgelegt wird; da sich die Beschwerde gegen den Ausgangsbescheid richtet und sich in ihrer Begründung auf diesen beziehen muss, bleibt dieser Maßstab für die Beurteilung, ob jene berechtigt ist; somit kann auch eine **Zurückziehung der Beschwerde nach Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung** erfolgen, infolgedessen hat das VwG das Beschwerdeverfahren einzustellen und die Beschwerdevorentscheidung ersatzlos zu beheben

LVwG OÖ 04.11.2022, [LVwG-303304](#)

ArbeitskräfteüberlassungsG; VStG; wie viele bzw welche Arbeitnehmer zum Zweck der **Überlassung an Dritte** vom Bf im angeführten Zeitraum beschäftigt wurden, wird im Spruch der belangten Behörde ebenso wie die Höhe des an den Fonds deshalb zu entrichtenden aber nicht abgeführten Beitrags nicht angegeben; im Hinblick auf die Anforderungen an den Spruch nach § 44a Z 1 VStG handelt es sich dabei jedoch um **wesentliche Sachverhaltselemente**, um die Erfüllung des objektiven Tatbestands der dem Bf zur Last gelegten Verwaltungsübertretung beurteilen zu können und die ihn in die Lage versetzen, gegebenenfalls entsprechende Beweise zu seiner Entlastung anzubieten; ergibt sich doch erst dadurch, ob der Beitrag dem Grunde nach und in welcher Höhe im vorgeworfenen Zeitraum zu entrichten war

LVwG OÖ 29.11.2022, [LVwG-050236](#)

TierschutzG; aus § 37 Abs 3 TierschutzG ergibt sich, dass der **Verfall**, nach Ablauf von zwei Monaten, ex lege eintritt, wenn die Behörde eine **Rückstellung der Tiere** nicht durchführt; der Wortlaut der Bestimmung ist hier eindeutig: Die Tiere sind „als verfallen anzusehen“ und nicht für verfallen zu erklären; dem Konzept des Gesetzes entsprechend, tritt der Verfall ex lege und damit ohne Erlassung eines Rechtsgestaltungsbescheids ein

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[15.12.2022, verb Rs C-40/20 u C-173/20, Presidenza del Consiglio dei Ministri ua \(Chercheurs universitaires\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Befristete Arbeitsverträge** – Richtlinie 1999/70/EG – Rahmenvereinbarung – **Diskriminierungsverbot** – Maßnahmen zur Verhinderung der missbräuchlichen Verwendung aufeinanderfolgender befristeter Arbeitsverträge – Befristetes öffentlich-rechtliches Arbeitsverhältnis – **Hochschulforscher**

[15.12.2022, Rs C-470/20, Veejaam und Espo](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – **Beihilfen für erneuerbare Energien** – Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020 – **Anreizeffekt** einer Beihilfe, die nach dem Beginn der Arbeiten an dem betreffenden Vorhaben beantragt wurde – Art 108 Abs 3 AEUV – **Notifizierungspflicht** – Folgen eines Verstoßes gegen die Notifizierungspflicht

[15.12.2022, Rs C-88/21, Lietuvos Respublikos vidaus reikalų ministerija \(Immatriculation des véhicules signalés\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Schengener Informationssystem** der zweiten Generation (SIS II) – Beschluss 2007/533/JI – **Ausschreibung einer gesuchten Sache** – Art 38 – Ausschreibungsziele – Sicherstellung oder Beweissicherung in Strafverfahren – Art 39 – Maßnahme aufgrund einer Ausschreibung – Nach Maßgabe des nationalen Rechts der Mitgliedstaaten ergriffene Maßnahmen – Nationale Regelung, die eine Verpflichtung vorsieht, die Zulassung von **im SIS II ausgeschriebenen Fahrzeugen** zu verbieten

15.12.2022, Rs C-311/21, *TimePartner Personalmanagement*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Beschäftigung und Sozialpolitik – Leiharbeit – Richtlinie 2008/104/EG – Art 5 – Grundsatz der Gleichbehandlung – Notwendigkeit, bei einer Abweichung von diesem Grundsatz den **Gesamtschutz von Leiharbeitnehmern** zu achten – **Tarifvertrag**, der ein gegenüber dem Arbeitsentgelt des vom entleihenden Unternehmen unmittelbar eingestellten Personals **geringeres Arbeitsentgelt** vorsieht – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Gerichtliche Überprüfung

15.12.2022, Rs C-366/21 P, *Picard/Kommission*

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Vertragsbedienstete – **Ruhegehalt** – Statut der Beamten der Europäischen Union – Reform von 2014 – Verordnung (EU, Euratom) Nr 1023/2013 – Anhang XIII des Statuts – Art 21 Abs 2 und Art 22 Abs 1 Unterabs 2 – Übergangsvorschriften betreffend die jährliche Anwachsrate für die Ruhegehaltsansprüche und das Ruhestandsalter – Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen **Bediensteten der Europäischen Union** – Anhang – Art 1 Abs 1 – Sinngemäße Geltung dieser Übergangsvorschriften für sonstige Bedienstete, die am 31. Dezember 2013 angestellt waren – Unterzeichnung eines neuen Vertrags als Vertragsbediensteter – Beschwerdende Maßnahme – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz

15.12.2022, Rs C-577/21, *HUK-COBURG-Allgemeine Versicherung*

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** – Richtlinie 2009/103/EG – Art 3 Abs 4 – **Begriff ‚Personenschäden‘** – Deckung durch die Pflichtversicherung – Verkehrsunfall – **Tod eines Fahrzeuginsassen** – Entschädigungsanspruch der minderjährigen Kinder – Immaterieller Schaden – Leid eines Kindes aufgrund des Todes eines Elternteils infolge dieses Unfalls – Entschädigung nur bei einer pathologischen Schädigung

15.12.2022, verb Rs C-753/21 u C-754/21, *Instrubel*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame **Außen- und Sicherheitspolitik** – Verordnung (EG) Nr 1210/2003 – Spezifische Beschränkungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Irak – Art 4 – **Einfrieren von Geldern** und wirtschaftlichen Ressourcen, die Personen, Einrichtungen und Organisationen gehören, die mit dem Regime des ehemaligen Präsidenten Saddam Hussein in Verbindung stehen – Art 6 – Transfer an die Nachfolgeregelungen des **Entwicklungsfonds für Irak** – Eigentum an den eingefrorenen Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen

15.12.2022, Rs C-23/22, *Caxamar*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – Verordnung (EU) Nr 651/2014 – **Freistellung bestimmter Kategorien** mit dem Binnenmarkt vereinbar Beihilfen – Leitlinien für Regionalbeihilfen – Anwendungsbereich – Ausschlussstatbestände – Fischerei- und Aquakultursektor – Sektor der Verarbeitung und Vermarktung **landwirtschaftlicher Erzeugnisse** – Begriff ‚landwirtschaftliche Erzeugnisse‘ – Verordnung (EU) Nr 1379/2013 – Gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur – Anhang I – Tätigkeit der Verarbeitung von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen – Eingesalzener, eingefrorener und eingeweichter **Kabeljau**

B. SCHLUSSANTRÄGE

15.12.2022, Rs C-468/20, *Fastweb ua (Périodicités de facturation) (GA Emiliou)*

Vorabentscheidungsersuchen – Elektronische Kommunikation – Verbraucherschutz – Nationale Rechtsvorschriften, mit denen der nationalen Regulierungsbehörde die Befugnis verliehen wird, Telefondiensteanbietern einen **Zeitrahmen für die Angebotsverlängerung und die Abrechnung** vorzuschreiben – Harmonisierter Rechtsrahmen – Teil- und Mindestharmonisierung – Art 49 und 56 AEUV – Freier Dienstleistungsverkehr – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – **Diskriminierungsverbot** – Grundsatz der Gleichbehandlung

15.12.2022, verb Rs C-615/20 u C-671/20, *YP ua () und suspension d’un juge) (GA Collins)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Rechtsstaatlichkeit** – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz in den vom Unionsrecht erfassten Bereichen – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Unabhängigkeit von Richtern – Zustimmung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen einen Richter und **Suspendierung dieses Richters** von seiner Diensttätigkeit durch die Izba Dyscyplinarna (Disziplinkammer) des Sąd Najwyższy (Oberstes Gericht, Polen) – Für nationale Gerichte geltendes **Verbot einer Prüfung der Legitimität** von Gerichten oder einer Prüfung der Rechtmäßigkeit

der Ernennung von Richtern und der sich aus einer solchen Ernennung ergebenden richterlichen Befugnisse – Vorrang des Unionsrechts – Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit – Grundsätze der Rechtssicherheit und der Rechtskraft

[15.12.2022, Rs C-50/21, *Prestige and Limousine* \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 und 107 AEUV – **Private Mietfahrzeuge mit Fahrer** (Funkmietwagen) – Begrenzung der **Anzahl der Betriebslizenzen** für Funkmietwagen im Verhältnis zur Anzahl der Taxilizenzen – Genehmigungssystem mit dem Erfordernis einer zweiten Betriebslizenz

[15.12.2022, Rs C-124/21 P, *International Skating Union/Kommission* \(GA Rantos\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Regelwerk eines **internationalen Sportverbandes**, der gleichzeitig eine Regulierungsbefugnis wahrnimmt und einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgeht – Regeln über die **Genehmigung der Wettkämpfe**, über die Teilnahme der Sportler an diesen Wettkämpfen und über die **schiedsgerichtliche Konfliktbeilegung** – Art 101 Abs 1 AEUV – Bezweckte Wettbewerbsbeschränkung – Rechtfertigung

[15.12.2022, Rs C-137/21, *Parlament/Kommission \(Exemption de visa pour les ressortissants des États-Unis\)* \(GA de la Tour\)](#)

Untätigkeitsklage – Verordnung (EU) 2018/1806 – Liste der **Drittländer**, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen der Mitgliedstaaten im **Besitz eines Visums** sein müssen – Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Pflicht befreit sind – Grundsatz der Gegenseitigkeit – Verpflichtung zum Erlass eines **delegierten Rechtsakts**, mit dem die Visumbefreiung für Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika für einen Zeitraum von zwölf Monaten vorläufig ausgesetzt wird

[15.12.2022, verb Rs C-181/21 u C-269/21, *G \(Nomination des juges de droit commun en Pologne\)* \(GA Collins\)](#)

Vorlagen zur Vorabentscheidung – **Rechtsstaatlichkeit** – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Ernennung von Richtern an den ordentlichen Gerichten – Rolle von **Einrichtungen der richterlichen Selbstverwaltung** bei der **Ernennung von Richtern** – Mangelnde Unabhängigkeit der Krajowa Rada Sądownictwa (Landesjustizrat) – Zuständigkeit der Izba Kontroli Nadzwyczajnej i Spraw Publicznych (Kammer für außerordentliche Überprüfung und öffentliche Angelegenheiten) des Sądu Najwyższy (Oberstes Gericht, Polen) – Frage, ob diese Kammer die Kriterien eines unabhängigen, unparteiischen und zuvor durch Gesetz errichteten Gerichts erfüllt

[15.12.2022, Rs C-204/21, *Kommission/Polen \(\) und vie privée des juges* \(GA Collins\)](#)

Art 258 AEUV – Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Disziplinarregelung für Richter** – Rechtsstaatlichkeit – Unabhängigkeit von Richtern – Wirksamer Rechtsschutz in den vom Unionsrecht erfassten Bereichen – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 267 AEUV – Kontrolle der Beachtung des unionsrechtlichen Erfordernisses eines **unabhängigen und unparteiischen Gerichts** – Ausschließliche Zuständigkeit der Izba Kontroli Nadzwyczajnej i Spraw Publicznych (Kammer für außerordentliche Überprüfung und öffentliche Angelegenheiten) des Sądu Najwyższy (Oberstes Gericht, Polen) – Unabhängigkeit der Izba Dyscyplinarna (Disziplinarkammer) des Sądu Najwyższy (Oberstes Gericht) – **Recht auf Achtung des Privatlebens** – Recht auf Schutz personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679

[15.12.2022, verb Rs C-212/21 P u C-223/21 P, *EIB/ClientEarth* \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Umwelt – **Übereinkommen von Aarhus** – Verordnung Nr 1367/2006 – Überprüfung von Verwaltungsakten nach dem Umweltrecht – Europäische Investitionsbank – **Kreditvergabe** – Befugnisse der Unionsgerichte

[15.12.2022, Rs C-426/21, *Ocilion IPTV Technologies* \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – Urheberrecht in der Informationsgesellschaft – Richtlinie 2001/29/EG – Art 2 – Vervielfältigungsrecht – Art 3 – **Recht der öffentlichen Wiedergabe** – Art 5 Abs 2 Buchst b – Ausnahme für ‚Privatkopien‘ – Online-Videorecorder – Deduplizierungsverfahren – Zugang zu geschützten Inhalten ohne Zustimmung der Rechteinhaber – **Anbieter eines IPTV-Dienstes**

[15.12.2022, Rs C-487/21, Österreichische Datenschutzbehörde und CRIF \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 15 Abs 3 – Recht der betroffenen Person auf **Auskunft über die personenbezogenen Daten**, die Gegenstand der Verarbeitung sind – Recht auf Erhalt einer Kopie der personenbezogenen Daten – **Begriff ‚Kopie‘** – Begriff ‚Informationen‘

[15.12.2022, Rs C-570/21, YYY \(Notion de consommateur\) \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – **Begriff des Verbrauchers** – Von einer Person, die eine berufliche oder gewerbliche Tätigkeit ausübt, und einer anderen Person, die keine berufliche Tätigkeit ausübt, abgeschlossener **Vertrag mit doppeltem Zweck** – Nebensächlichkeit oder fehlendes Überwiegen des **beruflichen oder gewerblichen Zwecks** im Gesamtzusammenhang des abgeschlossenen Vertrags

[15.12.2022, Rs C-579/21, Pankki S \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – In einem **Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten** enthaltene Daten – **Auskunftsrecht** – Begriff der personenbezogenen Daten – Begriff des Empfängers – Personal im Dienste des Verantwortlichen

[15.12.2022, Rs C-618/21, AR ua \(Action directe contre l'assureur\) \(GA de la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – Richtlinie 2009/103/EG – Art 3 – **Haftpflicht bei Fahrzeugen** – Kfz-Haftpflichtversicherungspflicht – Art 18 – **Direktanspruch** – Umfang – Bestimmung des Schadensbetrags – Hypothetische Kosten – Möglichkeit, die Zahlung der Entschädigung von bestimmten Voraussetzungen abhängig zu machen – **Verkauf des Fahrzeugs**

[15.12.2022, Rs C-700/21, O G \(Mandat d'arrêt européen à l'encontre d'un ressortissant d'un État tiers\) \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** – Fakultative Gründe für die **Ablehnung der Übergabe** – Achtung des Privat- und Familienlebens – Drittstaatsangehörige, die sich in einem Mitgliedstaat aufhalten oder dort ihren Wohnsitz haben

[15.12.2022, Rs C-772/21, Brink's Lithuania \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz des Euro gegen Fälschung** – Verordnung (EG) Nr 1338/2001 – Art 6 Abs 1 – Mit der Bearbeitung und Ausgabe von Banknoten betrauter Zahlungsdienstleister – Auslegung von Art 6 Abs 2 des Beschlusses EZB/2010/14 – **Erkennung nicht umlauffähiger Euro-Banknoten** – Automatisierte Umlauffähigkeitsprüfung – Auf der Website der EZB veröffentlichte und von Zeit zu Zeit geänderte Mindeststandards – Persönlicher Anwendungsbereich – Umfang der **Verpflichtungen der Bargeldakteure** – Rechtsverbindlichkeit – Grundsatz der Rechtssicherheit

C. GERICHT

[14.12.2022, Rs T-530/21, Pierre Lannier/EUIPO - Pierre Lang Trading \(PL\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung einer Unionsbildmarke, die die einander **überlagernden Großbuchstaben** ‚P‘ und ‚L‘ darstellt – **Ältere Unionsbildmarke**, die eine gespiegelte Kombination der einander überlagernden Großbuchstaben ‚P‘ und ‚L‘ darstellt – Zulässigkeit der Beschwerde – Beschwerdebefugnis – **Relatives Eintragungshindernis** – Verwechslungsgefahr – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung [EU] 2017/1001)

[14.12.2022, Rs T-553/21, Agrarfrost/EUIPO - McCain \(Forme d'un smiley\)](#)

Unionsmarke – Verfallsverfahren – Dreidimensionale Unionsmarke – **Form eines Smileys** – Ernsthafte Benutzung der Marke – Art 18 Abs 1 Unterabs 2 Buchst a und Art 58 Abs 1 Buchst a der Verordnung (EU) 2017/1001 – **Art der Benutzung** – Keine Beeinflussung der Unterscheidungskraft

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

08.12.2022, Beschwerde Nr [42010/18](#), *Yakovlyev/Ukraine*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Verbot der Folter); unmenschliche und erniedrigende Behandlung; **Zwangsernährung** eines Gefangenen, der aus Protest gegen die Behandlung im Gefängnis in den Hungerstreik getreten ist und dabei übermäßigen körperlichen Zwängen und Schmerzen ausgesetzt war; **medizinische Notwendigkeit** der Zwangsernährung nicht überzeugend dargelegt; unzureichende Verfahrensgarantien aufgrund fehlender gesetzlicher Vorschriften und unzureichender gerichtlicher Kontrolle; für ordnungsgemäße Prüfung und Behandlung notwendig, die Gründe für die Proteste der Gefangenen zu untersuchen und eine sinnvolle Reaktion auf ihre Beschwerden sicherzustellen

08.12.2022, Beschwerde Nr [14889/19](#), *Pejřilová/Tschechien*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Ablehnung des Antrags einer Witwe auf Befruchtung mit dem eingefrorenen Sperma ihres verstorbenen Ehemanns, da das innerstaatliche Recht eine solche Befruchtung nur für Paare und unter Lebenden zulässt; Absicht des Gesetzgebers, den freien Willen des Mannes, der in die **künstliche Befruchtung** eingewilligt hat, und das Recht des ungeborenen Kinds, seine Eltern zu kennen, zu schützen; Fehlen eines europäischen Konsenses; weiter Ermessensspielraum nicht überschritten

13.12.2022, Beschwerde Nr [48321/20](#), *V.Y.R und A.V.R/Bulgarien*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); keine Mängel bei der Entscheidung der Behörden, das Kind ohne Zustimmung der leiblichen Mutter zur **Adoption** freizugeben; Entscheidung auf der Grundlage des Kindeswohls; inländische Behörden nicht verantwortlich für die Zerrüttung der familiären Beziehungen und der Bindung zwischen Mutter und Kind; Ermessensspielraum nicht überschritten; Möglichkeit der Beteiligung der Mutter am Entscheidungsprozess; Aufhebung der Adoptionsvermittlung grds möglich, wenn sich die Umstände ändern

13.12.2022, Beschwerde Nr [11227/21](#), *Bjerg/Dänemark*

Keine Verletzung von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); Unmöglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Entscheidungen, mit denen die **Wiedereinweisung** des Klägers in die **psychiatrische Abteilung** nach seiner Verurteilung angeordnet wird; Recht auf gerichtliche Überprüfung einer möglichen Änderung oder Aufhebung der Strafe alle sechs Monate nach der letzten Gerichtsentscheidung reicht aus, um die Anforderungen von Art 5 Abs 4 zu erfüllen; der Artikel verlangt nach Auslegung nicht die gerichtliche Überprüfung jeder einzelnen Entscheidung über die Entlassung oder Wiedereinweisung des Bf

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Amreither, Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.